

Fraktion Die Linke • Klever-Tor-Platz 1 • 46483 Wesel

An Frau Bürgermeisterin Westkamp
im Hause

Klever-Tor-Platz 1

46483 Wesel

Telefon: 0281 203 2720

linke-fraktion@wesel.de

www.linksfraktion-wesel.de

Wesel, 15.04.2024

Antrag für Sozialausschuss – Unterbringung von Wohnungslosen in Wesel

Sehr geehrte Frau Westkamp,

die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Wesel beantragt, das Thema „Unterbringung von Wohnungslosen in Wesel“ in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

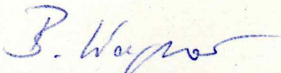
Bereits am 23. November 2023 wurde im Sozialausschuss über das Thema auf Antrag der CDU-Fraktion beraten. Dabei berichteten mehrere Ausschussmitglieder über Beschwerden von Nutzerinnen und Nutzern der Unterkunft. Neben unangemessenem Verhalten des Personals des beauftragten Wachdienstes ging es dabei um Schimmelbefall, mangelnde Privatsphäre, ein Gefühl der Unsicherheit insbesondere bei den Frauen und Konflikte durch die Belegung der Zimmer mit nicht zueinander passenden Personen. Während einer Sitzungsunterbrechung kam eine Betroffene zu Wort und schilderte die Situation in der Einrichtung. Die Ausschussmitglieder waren sich darin einig, dass den Wohnungslosen eine menschenwürdige, gute und sichere Unterkunft zusteht.

Mit Entsetzen haben wir jetzt den Artikel in der NRZ vom 12.04.2024 zur Kenntnis genommen, in dem Nutzerinnen und Nutzer der Unterkunft am Herzogenring berichten, dass sich in den letzten Monaten augenscheinlich nichts Nennenswertes verbessert hat, denn vieles davon kam bereits im Sozialausschuss im November zur Sprache. Es ist von verstopften Toiletten, Schimmel und defekten Lampen die Rede. In dem Artikel heißt es: „Bei einer Begehung am Herzogenring sei am Dienstag eine Mängelliste erstellt worden, die die Stadt nun abarbeiten will.“ Was ist in den gut 4 Monaten, seit das Thema im Sozialausschuss besprochen und konkrete Mängel benannt wurde, passiert?

Am 13.04.2024 berichtet die NRZ über eine Protestaktion der Nutzerinnen und Nutzer der Unterkunft, bei der es zu einem Polizeieinsatz kam. In dem Artikel ist von mangelnder

Gesprächsbereitschaft der Stadtverwaltung die Rede. Wie passt das zu den Aussagen des Dezernenten Rainer Benien im Sozialausschuss im November? Im Protokoll der Sitzung steht: „Bei Problemen, z.B. mit Mitarbeitenden des Sicherheitsdienstes, sollen die Nutzer der Unterkunft sich direkt an die Mitarbeitenden des Fachbereich Soziales, Integration und Wohnen wenden, damit sofort gehandelt werden kann.“ Wie soll das möglich sein, wenn den Betroffenen für Freitag ein Hausverbot im Sozialamt erteilt wurde, wie in dem Artikel zu lesen ist?

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Wagner

Fraktionsvorsitzende